

Versorgung mit Lebensmitteln sichern – national, europäisch und global Impulse setzen

Erklärung zur Ernährungssicherung - Berlin, im Januar 2023

Ernährungs- und Versorgungssicherheit sind national, europäisch und global in den Fokus gerückt. Eine nachhaltige und gesicherte Eigenversorgung mit Energie, Rohstoffen und nicht zuletzt Lebensmitteln sind auch wichtige Faktoren für die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland, Europa und mehr noch in anderen Teilen der Welt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat außerdem gezeigt, dass nicht nur Erdgas und Rohöl, sondern auch landwirtschaftliche Rohstoffe von geostrategischer Bedeutung und nicht selbstverständlich verfügbar sind.

Neben Kriegen und Pandemien führen im Zuge des Klimawandels extreme Wetterereignisse verstärkt zu Preisspitzen bei Nahrungsmitteln und können Versorgungsengpässe auslösen. Eine leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft ist entscheidend für die Ernährungssicherung, also für bezahlbare und qualitativ hochwertige Lebensmittel.

Deutschland und die EU haben als agrarische Gunstandorte eine globale Mitverantwortung für die weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln. Dieses Potential gilt es nachhaltig auszuschöpfen. Eine Politik der fortgesetzten Stilllegung bzw. Produktionsdrosselung von ertragreichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen führt zur Verschärfung von Engpässen und globalen Preisspitzen. Zu den Leidtragenden dieser Entwicklung zählen nicht nur die EU selbst, sondern vor allem eine weniger kaufkräftige Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Diese Nebenwirkungen einer Extensivierungspolitik sind global nicht verantwortbar. Herausforderungen wie der Klimawandel und der Erhalt der Biodiversität müssen intelligent mit einer hochwertigen und nachhaltigen Nahrungsmittelerzeugung verbunden werden.

Landwirtschaft im 21. Jahrhundert bedeutet mehr denn je, in einem ständigen Prozess aus Wissen, Lernen und Verändern die Bewirtschaftung standortbezogen anzupassen und noch nachhaltiger zu gestalten. Die Landwirte können und wollen den notwendigen Wandel erfolgreich gestalten. Es geht um die Aufgabe, die Ernährung und Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung zu sichern und zugleich die natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll zu pflegen.

Ernährungssicherheit national

Der DBV erneuert und ergänzt seine Vorschläge zum Erhalt und zur Förderung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft am Standort Deutschland. Dazu gehören:

- Eine Ergänzung des Grundgesetzes in Artikel 20a (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere) um die Ziele der Ernährungssicherung und des Klimaschutzes.
- Eine verbindliche Haltungs- und Herkunftskennzeichnung von nachhaltig erzeugten Produkten aus Deutschland. Handel, Verarbeiter, Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung und Verbraucher sind aufgefordert, für diese Produkte einen Zuschlag zu etablieren, der bei den Landwirten ankommt.
- Eine langfristige Finanzierung für zusätzliche Leistungen der Landwirtschaft bei Biodiversität, Klimaschutz und Tierwohl, die über einen Nachteilsausgleich hinausgeht. Nachhaltigkeitsleistungen müssen verlässlich bezahlt werden.
- Die Erhaltung und Weiterentwicklung der heimischen Nutztierhaltung als integraler Teil der Landwirtschaft. Dazu müssen u.a. die Hemmnisse im Bau- und Immissionsschutzrecht zum Tierwohlstallbau beseitigt werden.
- Eine deutliche Senkung des Flächenverbrauchs durch Überbauung. Vorgeschlagen wird ein Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen analog zum Bundeswaldgesetz.
- Eine grundlegende Priorität für den Erhalt produktiver Agrarflächen bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Bundesnaturschutzgesetz.
- Ernährung ist ein wichtiges Individualrecht des Menschen. Dazu sind die Ernährungskompetenzen gerade bei jüngeren Menschen zu fördern. Einschränkungen der Angebotsvielfalt in Schulen und Gemeinschaftsverpflegung bevormunden aber die Menschen.
- Ein Bekenntnis zum unverzichtbaren Beitrag tierischer Lebensmittel für eine ausgewogene Ernährung. Kampagnen gegen diese hochwertigen Lebensmittel sind unangebracht.
- Der Anbau von Futtermitteln für die Tierhaltung ist elementar für eine kreislauforientierte und nachhaltige Landwirtschaft, vor allem um den Pflanzenaufwuchs an allen Standorten bestmöglich nutzen zu können.

Ernährungssicherheit europäisch

Die Vorschläge der EU-Kommission für eine Farm-to-Fork-Strategie aus dem Frühjahr 2020 haben Fragen der Ernährungssicherheit zunächst weitgehend außer Acht gelassen. Studien zufolge ist mit einer deutlichen Verminderung der EU-Agrarproduktion bei einer Umsetzung von Farm-to-Fork zu rechnen. Der Importbedarf der EU bei Nahrungsmitteln würde wachsen.

Nach den Krisenerfahrungen der vergangenen Jahre hat die EU-Kommission nunmehr verschiedene Pläne und Analysen vorgelegt. Dazu gehören der Notfallplan für Ernährungssicherheit sowie ein Bericht zur Ernährungssicherheit vom Januar 2023. Auch das Europäische Parlament arbeitet an einem Initiativbericht zur Ernährungssicherheit (Mortler-Bericht).

Die EU muss in einer Zeit wachsender geopolitischer Unsicherheiten wieder mehr Wert auf eine starke heimische Landwirtschaft legen. Eine stärkere Verlagerung der ökologischen Fußabdrucks von Lebensmitteln auf andere Kontinente untergräbt gerade die politischen Ziele, die das Herzstück des EU-Green Deals bilden. Daher ist folgendes notwendig:

- Der Kommissionsvorschlag für eine Pflanzenschutzmittel-Verordnung (SUR) würde wegen des geplanten Verbots von Pflanzenschutzmitteln in „sensiblen Gebieten“ zu erheblichen Erzeugungslücken und Kostensteigerungen im globalen Ernährungssystem führen. Das ist nicht verantwortbar. Der DBV fordert daher die grundlegende Überarbeitung des SUR-Vorschlags, um Nachhaltigkeitsziele mit den geopolitischen Realitäten und der Aufrechterhaltung von Ernährungssicherheit zu vereinbaren.
- Der Kommissionsvorschlag für die Naturwiederherstellung birgt die Gefahr, wertvolle landwirtschaftliche Flächen für die Nahrungsmittelproduktion ganz zu verlieren. In manchen Regionen wären viele Betriebe vollständig betroffen und müssten ihre Höfe aufgeben. Es muss weiterhin ein Vorrang für vertraglichen Naturschutz und kooperative Landschaftspflege vor Verboten und Auflagen gelten.
- Die EU-Handelspolitik muss endlich gewährleisten, dass höhere EU-Standards nicht durch Lebensmittelimporte zu niedrigeren Standards unterlaufen werden. Auch die neue EU-Lieferketten-Gesetzgebung wird dieses Problem nicht lösen können, hier besteht dringender Handlungsbedarf.
- Die Förderung der Biodiversität sollte intelligenter als über pauschale Flächenstilllegungsvorgaben erfolgen. Die Vorgabe der Stilllegung auf 4 % der Ackerfläche in der GAP-Förderung sollte schnell durch qualifiziertere Maßnahmen abgelöst werden.
- Die Rahmenbedingungen für die Nutzung der neuen Züchtungstechnologien in der EU müssen offener werden – unter Wahrung der Patentfreiheit für biologische Produkte.
- Die EU und Deutschland müssen eine zukunftsfähige Düngemittel-Strategie entwickeln, die Importabhängigkeiten vermeidet und zugleich wettbewerbsfähig ist. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass der vorhandene organische Dünger optimal verwertet werden kann. Dazu müssen auch die EU-Regeln für Wirtschaftsdünger überprüft werden (u.a. Nitratrichtlinie).

- Der EU-Vorschlag zur Industrieemissionsrichtlinie würde gerade in kleineren und mittleren tierhaltenden Betrieben jegliche Investitionen in die Weiterentwicklung blockieren bzw. diese zur Aufgabe der Tierhaltung zwingen. In den Verhandlungen von Rat und Parlament muss eine Anhebung der Schwellenwerte über das heutige Niveau hinaus unterbleiben.

Ernährungssicherheit global

In globaler Perspektive ist eine Strategie der nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft einschließlich des internationalen Handels mit Agrarprodukten – unter Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards – angezeigt. Dazu gehören die folgenden Schritte:

- Stabile Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft weltweit. Dazu gehören verlässliches Bodeneigentum und besserer Zugang zu Bildung, Technik und Finanzierung.
- Eine Verringerung der hohen Nachernteverluste bzw. Investitionen eine bessere Lagerhaltung und Verkehrsinfrastruktur in vielen Entwicklungsländern.
- Die Möglichkeit der Landwirte, sich in Politik und Wirtschaft unabhängig und selbstverantwortlich zu organisieren, etwa in Bauernverbänden, Genossenschaften und Parteien.

Die deutschen Landwirte haben in den letzten Jahrhunderten viele Erfahrungen auf dem Weg von einer Subsistenzwirtschaft hin zu modernen und marktorientierten Familienbetrieben und genossenschaftlichen Marktstrukturen gewonnen. Die deutschen Landwirte sind bereit, diese Erfahrungen im Sinne eines „self empowerment“ mit Berufskollegen weltweit zu teilen und in die internationale Entwicklungszusammenarbeit einzubringen. Es geht darum, Innovation und Veränderung gemeinsam zu gestalten. Dabei können Projekte für Austausch, Kooperation und Entwicklung helfen.